



Redebeitrag von Diana Golze zur Vorstellung auf dem Kreisparteitag der LINKEN Teltow-Fläming am 24. November 2012 in Luckenwalde

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

vor kurzem haben wir den Weltkindertag begangen, der am 20. November 1989 ins Leben gerufen wurde. Die Bundesrepublik hat das Ganze erst am 5. April 1992 ratifiziert, die DDR durch ihre letzte, frei gewählte Volkskammer jedoch schon auf der allerletzten Sitzung des Parlamentes.

Auch und gerade jetzt muss man sagen, dass ein Kinderregelsatz bei Hartz IV verfassungswidrig ist, Das Bundesverfassungsgericht hat dies erklärt und damit bestätigt, was DIE LINKE von Anfang an vertreten hat: Kinder sind eben keine kleinen Erwachsenen! Auch das Bildungs- und Teilhabepaket ist murks, die ständigen Nachweise Schikane und in keiner Relation zur Leistung. Und das erst vor kurzem von der schwarz-gelben Koalition beschlossene Betreuungsgeld ist unterm Strich nur für Reiche gut. Hier wird dann eben die bayrische Hausfrau am Starnberger See deutlich besser gestellt und unterstützt und damit klassische Klientelpolitik für die CSU und deren Stammwähler betrieben. Keine Frage ist dies für uns ein Wahlkampfthema, nichtsdestotrotz sollte man sich auch jetzt, und das sage ich deutlich in Richtung der SPD und Grünen, an einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht beteiligen, wenn man das Gesetz für verfassungswidrig hält. Wie will man sonst erklären, dass man ein solches Gesetz über eine Jahr lang, bis zu seiner eventuellen Abschaffung nach einem möglichen Wahlsieg von rot-grün, in Kraft lässt und nicht dagegen vorgeht?!

Mittlerweile fordern die Gewerkschaften einen gesetzlichen Mindestlohn und sichere Renten und reihen sich hier in eine breite und große Mehrheit der Gesellschaft ein – nur eines darf man dabei auch nicht vergessen: Wir als LINKE, vorher schon als damalige PDS, haben diese Forderungen als erste formuliert und sind uns daher immer treu geblieben. Inwieweit kann man das eigentlich von anderen Parteien behaupten? Aber gerade auch hier werden wir als LINKE weiter „nerven“ und insbesondere auch auf die SPD Druck machen! Wir stehen für eine solidarische Mindestrente von 900 Euro und fordern ihren sukzessiven Anstieg auf 1050 Euro. Und wie sieht es eigentlich bei den Renten aus? Mehr als 20 Jahre nach der Wende gibt es noch immer eine Ungleichheit unter den Deutschen, bekommt Ost deutlich weniger als West. Dass sich diese Ungerechtigkeit bei den Löhnen fortsetzt, ist hier auch jedem bekannt. Die jetzige (Vorwahlkampf-)SPD will hier alles ändern und für Gerechtigkeit sorgen – aber was hat sie denn vorher gemacht? Die Sozialdemokraten sind doch gerade erst einmal drei Jahre aus der Regierungsverantwortung raus!

Doch dass Links wirkt, konnte man gerade erst in der zurückliegenden Sitzungswoche des Bundestages erkennen: Von Anfang an haben wir als LINKE gegen die Praxisgebühr argumentiert und gestimmt, die anderen Parteien sich mit den unterschiedlichsten Argumenten dafür eingesetzt und die Gebühr verteidigt. Sie alle waren dafür – und haben nun plötzlich doch für die Abschaffung gestimmt. Ein solch einstimmiges Ergebnis im Bundestag war auch mir neu. Der Preis dafür war jedoch hoch und lässt sich wohl nur als Kuhhandel bezeichnen: Die Einführung des Betreuungsgeldes hatte ich bereits eingangs erwähnt. Wir als LINKE freuen uns trotzdem über das Ende der Praxisgebühr und treten weiterhin auch für die Abschaffung der Zuzahlungen ein.

Und da wir immer wieder gefragt werden, was sich denn bei LINKEN-Regierungen ändert, möchte ich nun auf Brandenburg eingehen. Wir haben dank rot-rot ein Vergabegesetz mit einem Mindestlohn und auf Initiative unserer Landesregierung befasst sich auch der Bundesrat mit einer entsprechenden Vorlage. Wir haben mit dem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor unser Wahlversprechen von guter Arbeit eingelöst – der Bund sperrte uns hier jedoch einfach die Mittel für gesellschaftlich sinnvolle Arbeit – und den Erwerb von Rentenansprüchen der hier Beschäftigten!

Zu meiner Wahlkreisarbeit möchte ich sagen, dass ich mit vier Büros und einem Bürgermobil vor Ort bin, das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern suche und aktiv gegen die Politikverdrossenheit ankämpfe! Auch meine sozialen Spenden mit Hilfe des Fraktionsvereins sind für mich eine soziale Selbstverständlichkeit und keine Selbstbeweihräucherung, wie jüngst in der lokalen Presse zu lesen. Ich spende meine Diätenerhöhung konsequent weil ich gegen sie war und auch gestimmt habe! An dieser Stelle möchte ich vielmehr fragen: Was machen denn die anderen Bundestagsangeordneten der anderen Parteien mit diesem zusätzlichen Geld? Wo engagieren sie sich bzw. wird gespendet?! Ich glaube, hier nicht die Konkurrenz mit den Mitbewerbern scheuen zu müssen.

Ferner bin ich nach zahlreichen Gesprächen, gutem Zureden und reiflicher Überlegung zur Spitzenkandidatur in Brandenburg bereit. Gerade in Absprache mit Dagmar Enkelmann und ihrer Unterstützung ist es Zeit für einen Generationenwechsel und auch der Landesvorstand hat mich hier einstimmig bestärkt.

Der jetzt beschlossene Bundeshaushalt ist der letzte der schwarz-gelben Koalition und man muss sich fragen, was denn nun nach den Regierungsjahren für Schwerpunkte erreicht wurden. Es gab Kürzungen im Sozialen, ein deutliches Plus bei der Verteidigung und Rüstung, Steuergeschenke an Reiche und Unternehmen. Die Mehrheiten im Land waren dagegen, die Mehrheit im Bundestag dafür. Mein Fazit: Wir brauchen auch weiterhin eine wirklich linke Kraft im Bundestag als Korrektiv!